

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt,
Neussallee 2—10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 06 96 846 ppbn d



Inhalt

Johannes Rau MdL, NRW-Ministerpräsident und -SPD-Landesvorsitzender, zur Kommunalwahl in seinem Land: Knapp vier Millionen blieben zu Hause.

Seite 1/1a

Helmut Rothermund MdL, Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Bayern, bedauert den Verlust an innerparteilicher Demokratie bei der CSU: Nicht diskutiert, sondern nur noch applaudiert.

Seite 2

Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, zur Woche der Welthungerhilfe: 80 Millionen Menschen mehr – 80 Millionen Tonnen weniger Nahrung.

Seite 3/4

Volkmar Gabert MdEP fordert für den Alpenraum mehr grenzüberschreitende Koordination: Ökologie und Ökonomie im Widerstreit.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressediest GmbH
Godesberger Allee 108–112
5300 Bonn 2
Telefon (0 22 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 188

1. Oktober 1979

Knapp vier Millionen blieben zu Hause

Von Ministerpräsident Johannes Rau MdL
SPD-Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen

Die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 30. September 1979 waren ganz gewiß keine Testwahlen. Darin sind sich alle Parteien einig. Viele Bürger an Rhein und Ruhr haben offensichtlich ihre Wahlentscheidung unter rein lokalen Gesichtspunkten getroffen. Das halte ich für gut, denn es war eine Kommunalwahl. Wir werden aber die Einzelergebnisse genau analysieren. Wir werden vor allem auch der Frage nachgehen müssen, warum insgesamt knapp vier Millionen der 12,2 Millionen Wahlberechtigten zuhause geblieben und welche Bevölkerungsgruppen nicht zur Wahl gegangen sind.

Landesweit hat diese Kommunalwahl kaum Verschiebungen gebracht. Die Sozialdemokraten haben das Wahlziel, ein Prozent hinzuzulegen, nicht erreicht. Die CDU ist mit einem Zuwinn von 0,2 Prozent auf 46,3 Prozent gekommen und damit die stärkste kommunalpolitische Partei geblieben. Die SPD verlor 0,6 Prozent der Stimmen und kam landesweit auf 44,9 Prozent. Wir haben einige Einbußen erlitten, so in Köln und in Düsseldorf. Im Ruhrgebiet konnten wir unsere Position



nahezu behaupten. Stimmengewinne gab es für die Sozialdemokraten vor allem im Bergischen Raum in Lippe und in Ostwestfalen.

Ich halte das Wahlergebnis für eine gute Ausgangsbasis für die Landtagswahl am 11. Mai nächsten Jahres, in der wir sicher eine höhere Wahlbeteiligung erreichen werden. Meine Ziele sind: Die SPD muß wieder stärkste Fraktion im Landtag werden. Das ist schwer genug, denn das war sie bislang nur einmal, und zwar von 1966 bis 1970. Wir werden eine Politik betreiben, die eine Fortsetzung des Bündnisses mit der FDP möglich macht.

Das relativ gute Abschneiden der Grünen und der Bunten dort, wo sie angetreten sind, muß uns Sozialdemokraten zu denken geben. Das bedeutet für mich: Die bestehenden Parteien haben ein Defizit in ihrer Politik, das es aufzuarbeiten gilt. Eines hat sich in diesem Wahlkampf auch deutlich gezeigt: Wir haben noch nicht die richtigen Gesprächsformen für einen Teil der kritischen jungen Generation gefunden. Hier müssen wir uns argumentativ auseinandersetzen und in Zielkonflikten klare Positionen beziehen.

Allgemein ist zu der Kommunalwahl zu sagen: Mit landesweiten Durchschnittsberechnungen werden wir den Entscheidungen, die vor Ort getroffen worden sind, nicht gerecht.

(-/1.10.1979/ks/ca)

+

+

+



Nicht diskutiert, sondern nur noch applaudiert

CSU bedauert nicht einmal den Verlust innerparteilicher Demokratie

Von Dr. Helmut Rothmund MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Bayern

Seit langem versuchen die Propagandisten der CSU den Eindruck zu erwecken, die SPD sei eine in sich zerstrittene Partei. Neuerdings muß dabei die Kernenergiefrage herhalten, um eine Art Beweis für diese Behauptung zu führen. Nun ist es sicher richtig, daß es in der SPD unterschiedliche Meinungen zu dieser wichtigen Frage gibt.

Dies ist allerdings keineswegs ungewöhnlich. Auch in der Bevölkerung sind die Meinungen geteilt. Es wäre deshalb mehr als überraschend, wenn sich diese unterschiedliche Meinung nicht auch in der SPD widerspiegeln würden. Gerade für eine Volkspartei, die mehr ist als ein bloßer Machterhaltungsapparat, ist es deshalb selbstverständlich, daß wichtige Fragen, die einen wesentlichen Teil der Bevölkerung zutiefst beunruhigen, offen und ehrlich diskutiert werden. Durch diese offene Diskussion in der SPD ist der Druck auf alle Beteiligten gewachsen, über Alternativen zur Kernenergie stärker nachzudenken, um den Verzicht zu ermöglichen.

Es ist deshalb kein Zeichen der Stärke oder der Geschlossenheit, daß in der CSU zur Kernenergie und zu anderen Fragen jegliche Diskussion unterbleibt. Dies hängt vielmehr damit zusammen, daß die Bereitschaft zur offenen und kontroversen Diskussion von oben her ersticken wurde. Das Erscheinungsbild der CSU-Parteitage, auf denen nicht diskutiert, sondern nur noch applaudiert wird, zeigt die Struktur einer Partei, die nichts anderes mehr sein will, als ein Apparat zur Sicherung und Gewinnung von staatlichen und kommunalen Machtpositionen. Besonders bedauerlich ist es, daß der damit verbundene Verlust an innerparteilicher Demokratie nicht einmal als Mangel empfunden wird.

Im Gegensatz dazu hat vor kurzem der CDU-Politiker Biedenkopf die CDU vor einer Geschlossenheit gewarnt, die durch einen Verzicht auf Politik erkauf wird. Biedenkopf hat dabei wörtlich erklärt: "...über irgend etwas muß die Partei schließlich diskutieren...". Er hat in diesem Zusammenhang festgestellt: "Wenn die Ehrlichkeit der Fragestellung Voraussetzung für die richtige Antwort und Strategie ist, dann sind uns die Sozialdemokraten um eine Nasenlänge voraus..."

Diese Feststellungen des CDU-Politikers Biedenkopf sind nicht nur Ohrfeigen für die CDU, sondern erst recht für die CSU des Herrn Strauß. Es ist deshalb ein billiges Ablenkungsmanöver, wenn die CSU die Diskussion in der SPD als Streit zu diffamieren versucht. Die SPD ist und bleibt die Partei der offenen Diskussion. Nur so kann sie ihrer Aufgabe gerecht werden, ihren Beitrag zur Bewältigung der Zukunftsprobleme zu leisten. Es ist selbstverständlich, daß dabei auch die Regierungstätigkeit der sozialliberalen Koalition nicht ausgeklammert werden kann.

Wenn die CSU von einer Kluft zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und der SPD schwadroniert, dann zeigt dies ihr unzureichendes Demokratieverständnis. Es gehört zum Wesen einer Demokratie, daß eine politische Partei die von ihr getragene Regierung immer wieder kritisch begleitet, ja daß sie den Möglichkeiten einer Regierung vorausseilt. Die CSU täuscht sich jedenfalls sehr, wenn sie glauben sollte, daß die SPD nicht geschlossen hinter Helmut Schmidt steht.

Der Bundestagswahlkampf 1980 wird zeigen, daß die SPD nicht nur eine Partei der offenen Diskussion ist, sondern zugleich eine geschlossene und solidarisch handelnde Partei, die weiß, daß soziale Sicherheit, mehr Gerechtigkeit und die Sicherung des Friedens nur durch die Fortsetzung der sozialliberalen Koalition gewährleistet werden kann.

(-1.10.1979/ks/ca)



Zur Woche der Welthungerhilfe 1979

80 Millionen Menschen mehr - 80 Millionen Tonnen weniger Nahrung

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO der Vereinten Nationen schätzt, daß die Weltgetreideernte 1979/80 um rund 80 Millionen Tonnen geringer ausfallen wird als im Jahr zuvor. Im selben Zeitraum aber wird die Weltbevölkerung um mindestens 80 Millionen Menschen zugenommen haben - für mehr Menschen wird weniger Nahrung zur Verfügung stehen.

Dies ist nur Teil eines seit langem anhaltenden Trends. Die Zunahme an Nahrungsmitteln pro Kopf und Jahr der Bevölkerung in der Dritten Welt liegt seit 1961 bei jährlich weniger als einem Prozent; für Afrika muß sogar konstatiert werden, daß dort pro Kopf der Bevölkerung 1978 weniger Nahrung zur Verfügung stand als 1970. Dasselbe gilt für diejenigen Entwicklungsländer, die von den weltwirtschaftlichen Veränderungen im Gefolge der Ölpreisseigerungen seit 1973/74 besonders hart betroffen waren. Das bedeutet, daß mindestens 500 Millionen Menschen nicht ausreichend ernährt sind.

In völliger Übereinstimmung mit der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung schon seit langem angekündigt, sie wolle höchste Priorität auf die ländliche Entwicklung und Nahrungsmittelversorgung bei ihren entwicklungspolitischen Maßnahmen legen. 1975 war fast ein Drittel der deutschen Entwicklungshilfe für Agrarhilfe und ländliche Entwicklung bestimmt. Was die absoluten Beiträge angeht, so stagniert der Umfang der Agrarhilfe seit einigen Jahren, und ihr Anteil an den gesamten Aufwendungen der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit der Dritten Welt betrug im Haushaltsjahr 1978 nur noch ungefähr 16 Prozent. Dazu gehört allerdings zusätzlich das Engagement in der internationalen Agrarhilfe. Angesichts des Appells des Bundespräsidenten zur Woche der Welthungerhilfe muß ein Antrag der CDU/CSU-Opposition im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit befremden, in dem diese für 1980 eine Kürzung der Mittel für die internationale Agrarforschung durchsetzen wollte. Seit 1973 fordert die Bundesregierung ein Netz von agrarischen Forschungszentren in der Dritten Welt und trägt zu der Arbeit der FAO und des Welt-



ernährungsplans zum internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAT) und zur Nahrungsmittelhilfe der EG wesentlich bei, so daß einschließlich der Nahrungsmittelhilfe 1978 insgesamt rund 20 Prozent unserer Gesamtausgaben für diesen Bereich aufgewendet wurden.

Wir müssen offen zugeben, daß diese Entwicklung niemanden befriedigen kann. Die FAO schätzt, daß es erforderlich sein wird, 1985 nahezu dreimal so viel Geld in die landwirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt zu investieren als zehn Jahre zuvor. Das bedeutet, daß der gegenwärtig sinkende Anteil der Agrar- und Nahrungsmittelhilfe an den Gesamtaufwendungen für Entwicklungspolitische Zusammenarbeit der Bundesregierung mit der Dritten Welt drastisch angehoben werden muß. Das bedeutet auch, daß das Parlament, das sich in seiner Gesamtheit unmißverständlich für erheblich größere Anstrengungen auf dem Gebiet der Agrarhilfe ausgesprochen hat, künftig noch mehr als bisher darauf achten muß, daß diese politischen Vorgaben, die ja von der Bundesregierung grundsätzlich anerkannt worden sind, auch in die Tat umgesetzt werden. Die Beurteilung dieses Problems ist nicht leicht; Agrarhilfe ist komplizierter, langwieriger und expertenintensiver als die meisten anderen Bereiche der Entwicklungspolitik. Ihr Erfolg hängt in noch viel stärkerem Maße als alle anderen Entwicklungspolitischen Maßnahmen von der Bereitschaft der Empfängerländer ab, mit politischen Maßnahmen wie Agrarreformen, Produktionsanreizen und Strategien zur Verbindung von Produktion und Verbrauch den Grundstein dafür zu legen. Dazu müssen die Regierungen der Dritten Welt erst bereit sein; dies kann nicht in allen Fällen erwartet werden. Deshalb hat gerade hier zu gelten, was der Hamburger Parteitag der SPD im November 1977 als einen der Grundsätze sozialdemokratischer Entwicklungspolitik festgelegt hat: "Unabhängig von äußeren Formen des Regierungssystems und der außenpolitischen Orientierung der Entwicklungsländer muß sozialdemokratische Entwicklungspolitik dort ansetzen, wo Erfolge im Kampf für bessere Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung zu erwarten sind. Dies erfordert andererseits den Mut, Vorhaben abzulehnen, die diese Ziele nicht verfolgen."

(-1.10.1979/ks/ca)

+

+

+



Ökologie und Ökonomie im Widerstreit

Der Alpenraum benötigt grenzüberschreitende Abstimmung und Koordination

Von Volkmar Gabert MdEP

Geschäftsführender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft demokratischer
Sozialisten im Alpenraum

In Seefeld in Tirol trafen sich jüngst auf Einladung der Georg von Vollmar-Akademie und der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Sozialisten im Alpenraum Abgeordnete der Landtage, der Nationalräte und des Deutschen Bundestages der Sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien aus den österreichischen Länder Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Kärnten, aus der Schweiz, aus den Regionen Südtirol und Trient sowie der Lombardei und der Bundesrepublik Deutschland; Vertreter von Verbänden und Interessenorganisationen aus den erwähnten Ländern kamen hinzu. Themen wie sie Dr. Walter Danz, Leiter des Alpeninstitutes für Umweltforschung und Entwicklungsplanung in München ("Ökonomie und Ökologie im Widerstreit am Beispiel Fremdenverkehr") und Dr. Jürgen Erdmenger, Direktor der Generaldirektion Verkehr bei der EG-Kommission in Brüssel ("Alpenüberschreitende Verkehrswege aus europäischer Sicht") behandelten, standen im Mittelpunkt ausgiebiger Beratungen. Ihre Ergebnisse, die an die Parlamentsfraktionen und die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien im Alpenraum weitergeleitet werden, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Ökologie und Ökonomie sind zu einer integrierten Berggebietsentwicklung zu vereinen. Die wirtschaftliche und damit auch die touristische Entwicklung kann sich langfristig immer nur innerhalb der von der Natur gesetzten Möglichkeiten entfalten. Nur wenn die attraktive Landschaft erhalten bleibt, wird der Alpenraum ein Zentrum des Fremdenverkehrs und der Erholung bleiben. Eine Berggebietsentwicklung muß zum Ziel haben, den Abbau der regionalen wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte innerhalb der Alpen zu erreichen.

Die Tourismusentwicklung in den Berggebieten muß eingebettet sein in die regionale und örtliche Gesamtentwicklung. Um einer unerwünschten Monostruktur entgegenzuwirken, muß die Tourismusentwicklung in den Alpen parallel zur industriell-gewerblichen Entwicklung laufen. Für die Bevölkerung im Alpenraum sind Aufstiegschancen zu garantieren und die Disparität im Einkommen muß vermindert werden. Eine Berggebietsentwicklung braucht ein



Instrumentarium der Raumordnungs- und Umweltpolitik. Sie braucht eine grenzüberschreitende Abstimmung und Koordination. Um der Bodenspekulation entgegen zu wirken, müssen in den Alpenländern Rechtsgrundlagen für eine Abschöpfung von Profiten geschaffen werden.

Gegen eine weitere Erschließung von Gletschern für den Fremdenverkehr wurden starke Bedenken erhoben. Die politisch Verantwortlichen wurden aufgefordert, die Voraussetzungen für eine reibungslose Abfertigung an den Grenzübergängen zu schaffen. Für den grenzüberschreitenden Verkehr im Alpenraum ist eine europäische Planung notwendig.

Die sozialistischen Parteien im Alpenraum werden diese Vorstellungen an die Europäische Gemeinschaft herantragen. Es muß auch ein europäisches Finanzierungssystem entwickelt werden. Jede Verkehrserschließung muß die besondere Funktion des Alpenraumes als europäisches Erholungsgebiet, als europäisches Wasserreservoir und als entscheidenden Klimafaktor beachten. Der Alpenraum benötigt eine integrierte langfristige Politik, in der Ökologie und Ökonomie eine gleichberechtigte Rolle spielen müssen. Bei allen Investitionen in der Alpenregion wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung befürwortet.

Wenn zusätzliche transalpine Straßenverbindungen als notwendig erachtet werden, müssen jene ausgewählt werden, die am wenigsten Natur und Landschaft zerstören. Im Alpenraum darf es zu keiner Asphaltierung kommen. Der Güterfernverkehr durch den Alpenraum ist ebenfalls eine europäische Aufgabe. In Abstimmung mit den Staaten der europäischen Gemeinschaft und den Staaten der Alpenregion müssen Wege zur Verwirklichung eines kombinierten Verkehrs zwischen Straße und Schiene gefunden werden. Langfristig wird der Schienenverkehr eine Priorität erlangen müssen. Um dies zu erreichen, müssen die Eisenbahn-Alpenübergänge und die Zufahrtsstrecken bautechnisch leistungsfähiger gemacht werden. Eine Priorität des Schienennetzes ist aus Gründen der Erhaltung der Umwelt, aber auch im Hinblick auf die Energiesituation zu befürworten. Der transalpine Verkehr ist aus wirtschaftlichen Gründen und aus Gründen des Erholungssuchenden Fremdenverkehrs nicht nur für die Staaten der Alpenregion, sondern für ganz Europa von großer Bedeutung.

(-/1.10.1979/ks/ca)

+

